

02.07.2013

Antrag

der Fraktion der FDP

Wohlstand sichern und ausbauen – Landesregierung soll Wachstumsinitiativen ergreifen und die Rahmenbedingungen für Beschäftigung und Investitionen verbessern

I. Ausgangslage

Nordrhein-Westfalen verliert seit den 80er Jahren den Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung der anderen westdeutschen Flächenbundesländer. Ein durch die Politik verzögerter Strukturwandel hat in den vergangenen Jahrzehnten dazu beigetragen, dass sich der Wohlstand und die Lebensqualität der Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht so dynamisch entwickeln konnte, wie dies in anderen Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg oder Hessen möglich war.

Zwischen 1991 und 2012 ist es Nordrhein-Westfalen nur in sieben von 21 Jahren gelungen, ein höheres Wachstum des Bruttoinlandsproduktes als das durchschnittliche Wachstum aller Bundesländer in Deutschland zu erwirtschaften. In der Regel hinkt das wirtschaftliche Wachstum von NRW stark hinter dem Wachstum der anderen Bundesländer hinterher (Deutsche Bundesbank, April 2013).

Die wissenschaftliche Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (INSM-Bundesländerranking 2012) zeigt, auf welchen Feldern Nordrhein-Westfalen seit mehreren Jahren an wirtschaftlicher Dynamik verloren hat: Das einwohnerstärkste Bundesland belegt in dem ermittelten Dynamikranking lediglich Platz 12 aller 16 Länder, weil sowohl Produktivität, Wirtschaftsleistung als auch die Exportquote deutlich niedriger ausfallen, als im Durchschnitt aller Länder.

Die Wachstumsschwäche des Landes Nordrhein-Westfalen resultiert einerseits aus einem verschleppten Strukturwandel. Mit einem wirtschaftlichen Strukturproblem lässt sich das unterproportionale Wachstum NRWs heute allerdings nicht mehr begründen. Die in diesem Monat veröffentlichte McKinsey-Studie (NRW 2020: Unser Land – unsere Zukunft) stellt vielmehr heraus, dass für die fehlende wirtschaftliche Dynamik insbesondere eine zu geringe Produktivität innerhalb der Wirtschaftssektoren und zu geringe Investitionen in Innovationen, Infrastruktur und Neuanlagen ursächlich sind.

Datum des Originals: 02.07.2013/Ausgegeben: 02.07.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die besagte Studie identifiziert vier Wachstumsfelder, mit denen die nordrhein-westfälische Wachstumslücke bis zum Jahr 2020 halbiert werden könnte. Durch gezielte Maßnahmen und Anreize der Landesregierung – wie beispielsweise durch ein stärkeres Investitionsengagement von Unternehmen und Kommunen – könnte demnach das Ziel erreicht werden, Nordrhein-Westfalen wieder an die wirtschaftliche Spitzengruppe der Bundesländer heranzuführen, die zu erwartende Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um etwa 30 Milliarden Euro zu erhöhen und dadurch bis zu 300.000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

In der Studie werden dafür folgende Wirkungskreise skizziert:

- Stärkung der sogenannten Circular Economy. Dazu gehört die Ansiedlung von Unternehmen aus dem Bereich Wiederverwertung, Wiederaufbereitung und Recycling von Rohstoffen. Vorgeschlagen wird konkret, in NRW eine große Recyclinganlage anzusiedeln.
- Maßnahmen zur langfristigen Erhaltung der urbanen Mobilität. Dazu gehören die intelligente Vernetzung der Verkehrswege, innovative Logistikkonzepte, der Aufbau einer Infrastruktur für elektrisch betriebene Fahrzeuge und eine höhere Effizienz in der Nutzung der Verkehrsinfrastruktur. Vorgeschlagen wird unter anderem, in Ballungsräumen koordinierte City-Logistik-Systeme zu etablieren.
- Etablierung von mobilen Zahlungssystemen, neuen Einkaufsdiensten und Stärkung moderner Absatzkanäle sowie Handel mit regionalen Produkten.
- Förderung des Wachstumsfeldes Gesundheitsmarkt. Hier wird unter anderem vorgeschlagen, durch mobile Gesundheitsdienste die Produktivität im Pflegesegment bei gleichbleibendem Leistungsniveau zu erhöhen, eine systematische Anwerbung und Qualifizierung von Pflegekräften vorzunehmen, fachspezifische Studiengänge und ein Akkreditierungsverfahren für Kompetenzen für verschiedene Pflegestufen einzuführen.

Neben diesen exemplarischen Wachstumsinitiativen haben die Autoren der Studie ermittelt, dass sich Wachstumslücken in Nordrhein-Westfalen aus einer zu geringen Investitionsquote in Forschung und Entwicklung sowie Anlageninvestitionen ergeben. Zudem resultiere die Wachstumsschwäche aus zu geringen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und aus einer im Vergleich zum Bundesdurchschnitt unterproportionalen Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Aufgabe der nordrhein-westfälischen Wirtschaftspolitik müsse sein, durch gezielte Anreize die Investitionsquote des Landes nachhaltig zu steigern, indem die Fördermaßnahmen des Landes stärker als bisher auf zukunftssträchtige Wachstumssektoren konzentriert werden. Vorgeschlagen wird, die bisherigen Fördermaßnahmen einer grundlegenden Revision zu unterziehen und strukturierte Prozesse für die Identifikation von Wachstumssektoren sowie eine Kosten-Nutzen-Analyse einzuführen.

Zur Behebung der Defizite in den Bereichen Forschung und Entwicklung schlagen die Autoren unter anderem vor, Maßnahmen zur Förderung von Wissenstransfer zu ergreifen, zum Beispiel durch die Professionalisierung so genannter Technologie Transfer Offices (TTOs). Zudem wird vorgeschlagen, ein zentrales Wissensportal zu etablieren, auf das Institute und Betriebe gleichermaßen zugreifen können und Forschungsergebnisse in standardisierter Form abrufen können. Hierdurch soll ein Beitrag dazu geleistet werden, das erheblich unterproportionale Engagement der NRW-Unternehmen für anwendungsorientierte F&E-Investitionen anzuregen.

Hilfreiche Vorschläge liefert die Studie auch für eine höhere Produktivität im Verkehrswegebau. Hier wird vorgeschlagen, die Planungs- und Realisierungsprozesse zu verschlanken

und dabei auf Erfahrungen aus skandinavischen Ländern zurückzugreifen. Zudem bestünden bei den Beschaffungsvorgängen erhebliche Kostenoptimierungspotentiale. Insgesamt könnten die vorhandenen Mittel für Straßenerhaltung und Straßenbau effizienter eingesetzt und die Verkehrsinfrastruktur effektiver erhalten werden.

Ein erheblicher Wachstumsimpuls könnte zudem durch eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen ausgelöst werden. Die Studie verweist darauf, dass Nordrhein-Westfalen nahezu die geringste Frauenerwerbsquote in ganz Deutschland habe. Um ein höheres wirtschaftliches Wachstum erreichen zu können, müsse die Landespolitik dazu beitragen, die wichtigsten Beschäftigungshürden aus Sicht der Frauen abzubauen. Dazu gehöre nach wie vor insbesondere der Ausbau von qualitativ hochwertigen und flexiblen Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Perspektivisch bestünden zudem Wachstumspotentiale bei der Tagespflege für Senioren. Neben öffentlichen Einrichtungen sollte das Land auch den Ausbau von privatwirtschaftlichen Kinderbetreuungsangeboten unterstützen, indem es bürokratischen Hürden für betriebliche Kindertageseinrichtungen senkt und diesen einen leichteren Zugang zu Landeszuschüssen verschafft.

II. Handlungsnotwendigkeiten

Die aktuelle Politik der rot-grünen Landesregierung trägt dazu bei, dass sich die ökonomischen Rahmenbedingungen in vielen Bereichen verschlechtern, wirtschaftliches Wachstum gebremst wird und ausbleibt. Durch neue Vorgaben und Einschränkungen im Klimaschutzgesetz, durch eine Beschneidung des Ladenöffnungsgesetzes, durch ein bürokratisches Tariftreue- und Vergabegesetz und ein totales Rauchverbot in der Gastronomie werden wirtschaftliche Betätigungen von Unternehmen erheblich erschwert und beschnitten. Industriepolitische Impulse bleiben aus, stattdessen hemmen nicht bedarfsgerechte Flächenausweisungen und wiederholte Initiativen für Steuererhöhungen das Investitionsinteresse für den Standort NRW.

Eine Wirtschaftspolitik, die ihren Beitrag für wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen leisten will, muss wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, Impulse geben für Investitionen in Innovationen und Infrastruktur, damit die Erneuerung bzw. Modernisierung von industriellen Produktionsanlagen gelingt und Innovationen in modernen Dienstleistungsunternehmen realisiert werden können.

Nordrhein-Westfalen sollte sich mit einer unterdurchschnittlichen Wachstumsrate nicht zufrieden geben. Das Ziel sollte sein, dass das wirtschaftlich leistungsfähige und bevölkerungsreichste Bundesland wieder Anschluss zu vergleichbaren und wirtschaftlich dynamischen Ländern wie Baden-Württemberg, Hessen und Bayern findet. Denn ohne eine Überwindung der aktuellen Wachstumsschwäche fallen die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, der Wohlstand und die Lebensqualität der Menschen in unserem Land weiter zurück.

Aufgabe der nordrhein-westfälischen Wirtschaftspolitik muss deshalb sein, zukunftssträchtige und nachhaltige Wachstumsinitiativen zu identifizieren und in Partnerschaft mit der Wirtschaft, den Unternehmen, den Verbänden, Kammern und Kommunen zu initiieren. Die Autoren der beschriebenen Studie schlagen vor, insbesondere die Wachstumspotentiale in den für Nordrhein-Westfalen besonders bedeutenden Branchen zu stärken – hier werden die Branchen Logistik, Rohstoffverwertung und Chemie, Handel und Telekommunikation sowie Gesundheit genannt. Es gilt, die vorgelegten Handlungsempfehlungen sorgfältig zu prüfen und schnellstmöglich entsprechende Umsetzungsprozesse einzuleiten.

Mit der seit dem Jahr 2007 verfolgten Clusterstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen wurden bereits Bausteine für eine langfristig angelegte Wirtschafts- und Innovationsstrategie entwickelt. Mit der Schwerpunktsetzung auf insgesamt 16 Cluster war es bereits gelungen, den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, seine industriellen und technologischen Potenziale deutlicher zu profilieren. Dieser vielversprechende Ansatz sollte auch weiterhin konsequent fortentwickelt und weitergeführt werden.

III. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- davon Abstand zu nehmen, die wirtschaftliche Attraktivität des Landes Nordrhein-Westfalen weiter zu schmälern;
- auf weitere Hemmnisse für wirtschaftliche Betätigungen sowie auf Steuererhöhungen und Einführung neuer Steuern zu verzichten;
- eine Strategie zu entwickeln, mit der das Land Nordrhein-Westfalen mittelfristig wieder Anschluss an die Wachstumsraten vergleichbarer Länder wie Bayern, Baden-Württemberg und Hessen erhält;
- Wachstumfelder zu identifizieren, aus denen das Land in Kooperation mit Unternehmen, Verbänden, Kammern und Kommunen konkrete Wachstumsinitiativen entwickelt;
- aktuelle Studienergebnisse von wissenschaftlichen Instituten und Beratungsunternehmen zum Zustand und zu Wachstumspotentialen des Landes Nordrhein-Westfalen auszuwerten und diese Schlussfolgerungen dem Landtag zur Beratung zur Verfügung zu stellen;
- die Clusterpolitik des Landes zeitnah zu evaluieren und entsprechend dem Anpassungsbedarf neu zu justieren;
- mit Unternehmensverbänden, Kammern und Kommunen in einen Austausch zu treten, um Wachstumsimpulse für Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten und diese Ergebnisse dem Landtag zur Beratung zur Verfügung zu stellen.

Christian Lindner
Christof Rasche
Dietmar Brockes
Ralph Bombis

und Fraktion